

Photo: Mark Fernandes

Florian Post, MdB

Claudia Tausend, MdB

Für UNS in Berlin

SPD

Liebe Leserinnen, liebe Leser,

zahlreiche Entscheidungen standen in den Sitzungswochen des Deutschen Bundestages im Februar 2016 an. Ein zentraler Schwerpunkt war dabei sicherlich die Diskussion und die Abstimmung zum Asylpaket.

Auch in unseren Wahlkreisen waren wir wieder auf zahlreichen Veranstaltungen und Terminen unterwegs. Viel Spaß beim Lesen des Newsletters wünschen

Florian Post und Claudia Tausend

NEWS TICKER

- **70 Jahre Wiedegründung** Historisches Treffen in der „Echardinger Einkehr“
- **Asylpaket II** konkrete Maßnahmen beschlossen
- **Energiewende** Chancen der Digitalisierung nutzen
- **Strengere Regelungen** Beschluss des Bundeskabinetts zur Rüstungsexportkontrolle

Landtagswahlen

Wir müssen den Kampf um die demokratische Mitte aufnehmen

Die Ergebnisse der jüngsten Landtagswahlen sind bekannt, und sie sind nicht schön zu reden. Schwierig wird in dem einen oder anderen Fall jetzt auch die Koalitionsbildung.

Rheinland-Pfalz bleibt SPD-regiert – mit Malu Dreyer an der Spitze, die im Wahlkampf Haltung, Klarheit und Mut zur politischen Auseinandersetzung gezeigt hat – und ihre Gegenkandidatin hat somit eine schwere Niederlage erlitten. In Baden-Württemberg sind zwar die Grünen stärker als die CDU, eine Fortsetzung der grün-roten Regierung ist allerdings nicht möglich. Und in Sachsen-

Anhalt hat mehr als jeder fünfte die AfD gewählt.

Als eine „Zäsur in Deutschland“ hat Sigmar Gabriel den Wahlabend zu Recht bezeichnet. Die demokratische Mitte in Deutschland sei kleiner geworden.

Mehr denn je dürfen wir nicht zulassen, dass die großen Vereinfacher in diesem Land die Substanz der deutschen Politik gefährden.

Wir müssen deutlich machen, dass eine derartige, nicht durchdachte Protestwahl nicht ein einziges Problem löst, sondern die Gesellschaft spaltet und letztlich unsere Demokra-

tie und unsere Wirtschaft schwächt. Für diejenigen Menschen, die sich nicht mehr verstanden und mitgenommen fühlen, brauchen wir ein soziales Investitionsprogramm, wie es Sigmar Gabriel richtigerweise gefordert hat.

Niemandem wird durch die Herausforderungen der Flüchtlingskrise etwas weggenommen. Die Botschaft der SPD ist: keiner wird vergessen. Und: Die Union muss klären, wer dort eigentlich das Sagen hat. Die Querschüsse aus Bayern, insbesondere in der Flüchtlingspolitik, müssen aufhören.

Fraktion vor Ort: Gute Arbeit weltweit

SPD-Fraktion fordert globale Verantwortung für Produktion und Handel

Auf Einladung von Claudia Tausend, MdB war Dr. Bärbel Kofler, die neue Menschenrechtsbeauftragte der Bundesregierung, zu Gast im Münchner Eine-Welt-Haus. Unter dem Motto „Gute Arbeit weltweit“ kamen viele Interessierte zur Veranstaltung. Als langjähriges Mitglied im Ausschuss für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung blieb Bärbel Kofler bei der anschließenden Diskussion keine Antwort schuldig.

Bereits im Jahr 2013 wurde das Thema weltweiter Arbeitsbedingungen der Öffentlichkeit grausam vor Augen geführt. Als ein Fabrikkomplex in Bangladesch einstürzte und über 1100 Menschen dabei ums Leben kamen, war die Erschütterung groß. Denn die Arbeiterinnen und Arbeiter produzierten in der Fabriken vor allem Kleidung für westliche Unternehmen, darunter auch einige deutsche Firmen. Im Zuge des Unglücks entstand eine Debatte über weltweite soziale, ökologische und menschenrechtliche Standards für Produktion und Handel. Unter Federführung der entwicklungs-

politischen Sprecherin Dr. Bärbel Kofler hat die SPD-Bundestagsfraktion deshalb bereits mehrere Initiativen gestartet und immer wieder die Hauptforderung unterstrichen: Stärkung und Umsetzung internationaler Vereinbarungen zu Arbeitsrechten und Arbeitsbedingungen.



Leidenschaftlicher Vortrag der Menschenrechtsbeauftragten Dr. Bärbel Kofler

Millionen von Menschen arbeiten weltweit unter teils unmenschlichen Bedingungen. Lohndumping, Zwangs- und Kinderarbeit, Diskriminierung von Frauen und Minderheiten, Organisationsverbote für gewerkschaftliche Vertretungen, gravierende Sicher-

heitsmängel und mitunter massive Umweltverschmutzungen sind in vielen Entwicklungsländern an der Tagesordnung. Uns bereitet Sorge, dass die Ungleichheit in vielen Ländern zunimmt. Gerade die unteren sozialen Schichten profitieren nicht von gesellschaftlichem Fortschritt und Wachstum. Der Einsatz für gute Arbeit weltweit ist entscheidend, um Millionen Menschen aus der Armut zu befreien. Gesetzliche, für alle verbindlich geltende Regelungen sind unumgänglich, um Unternehmen zu sozialen, ökologischen und menschenrechtlichen Mindeststandards zu verpflichten. Dafür müssen wir faire Löhne und Arbeitsbedingungen mit festen sozialen Mindeststandards etablieren, demokratische Institutionen stärken und aufbauen und Programme entwickeln, die nachhaltiges und inklusives Wachstum fördern. Auch müssen wir die Lebensbedingungen und Perspektiven vor Ort verbessern, um langfristig Armutsmigration einzudämmen und den „Brain Drain“ von Entwicklungsländern zu stoppen.

Unhaltbare Blockade der Union bei Leih- und Werkverträgen

Die Union blockiert Gesetzesänderungen bei der Leiharbeit und Werkverträgen. Vor allem die CSU weigert sich, an der bereits zugesagten Einleitung der Ressortabstimmung eines entsprechenden Gesetzes teilzunehmen.

Die Entwicklungen der letzten Jahre zeigen, wie dringend der Reformbedarf auch für eine Stadt wie München ist. Es ist skandalös, dass die Union ideologische Grabenkämpfe auf dem Rücken der Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer austragen will. Im Koalitionsvertrag ist klar geregelt,

wie der Missbrauch von Werkverträgen und Leiharbeit zukünftig verhindert werden soll. Die Leiharbeit soll auf maximal 18 Monate begrenzt werden, nach spätestens neun Monaten muss der Lohn an die regulär Beschäftigten angeglichen werden, Leiharbeit zum Streikbrechen soll verhindert und betriebliche Mitbestimmung erleichtert werden. Wir erwarten vom Koalitionspartner, dass er sich an die Verträge hält. In München befinden sich über zehn Prozent der im Niedriglohnsektor Beschäftigten in Leiharbeit. Der Missbrauch dieses Instruments

betrifft aber auch reguläre Beschäftigungsverhältnisse, weil damit Löhne gedrückt und Arbeitsbedingungen verschlechtert werden können. Jeder Tag, der durch die Blockade der Union verloren wird, ist ein schlechter Tag für alle Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer in München sowie in Deutschland. Wir fordern die Unionsparteien deshalb auf, umgehend ihren Widerstand gegen eine gesetzliche Regelung der Leih- und Werkverträge fallenzulassen und dafür Sorge zu tragen, dass Millionen Menschen von einer fairen Bezahlung profitieren.

SPD feiert 70 Jahre Wiedergründung

Am 2. März konnte die Münchner SPD in der „Echardinger Einkehr“ 70 Jahre Wiedergründung nach dem 2. Weltkrieg feiern.

Unter den Gästen waren neben dem amtierenden Oberbürgermeister Dieter Reiter auch seine Amtsvorgänger: Christian Ude, Georg Kronawitter und Hans-Jochen Vogel.

Die Jubilare mit 50, 60, 65 oder 70 Jahren Mitgliedschaft waren eingeladen und wurden von Dieter Reiter, Landtags-Fraktions-Chef Markus Rinderspacher und Alt-OB Christian Ude geehrt. Letzterer zählte auch selbst zu den Jubilaren – er ist vor 50 Jahren in die SPD eingetreten.

Im Mittelpunkt stand die Ehrung von Hans-Jochen Vogel. Der 90-jährige ist seit 65 Jahren in der SPD. In einer bewegenden Rede bedankte sich Vogel bei seiner Partei und mahnte zum Engagement für eine bessere Gesellschaft.



Historisches Treffen: Dieter Reiter, Christian Ude, Georg Kronawitter und Hans-Jochen Vogel.



Bewegende Rede von Hans-Jochen Vogel zum Jubiläum in der Echardinger Einkehr.

Chancen der Digitalisierung für die Energiewende nutzen

In immer mehr Lebensbereichen hält die Digitalisierung Einzug. Vom Einkaufen, Musik hören, kommunizieren bis hin zum Sport machen: Längst nutzen wir digitale Technologien und Anwendungen, unsere Daten sind Rohstoff für ganze Industrien.

Dieser Fortschritt der digitalen Speicherung und Verarbeitung von Daten bietet auch für die Energiewirtschaft erhebliche Chancen, die es zu nutzen gilt.

Die analoge Welt des Energiemarktes hat sich verändert. Das Stromsystem ist zunehmend dezentral und volatil, was Auswirkungen auf die Rolle des Verbrauchers hat – Flexibilisierung ist das Schlüsselwort. Und zwar sowohl auf der Erzeugerseite mit aktivem Einspeisemanagement, als auch auf der Verbraucherseite mit nachfrageseitigem Lastenmanagement. Auf lange Sicht wird intelligente

Netzsteuerung einen Beitrag leisten zur Versorgungssicherheit und Stabilität der Netze. Die Einrichtung von intelligenten Messsystemen, sogenannten Smart Metern ist dafür der erste Schritt. Der Gesetzentwurf zur Digitalisierung der Energiewende, der Ende Februar in erster Lesung im Bundestag beraten wurde, schafft Rahmenbedingungen für eine zukunftsfähige Infrastruktur im Bereich der Energiewirtschaft. Smart Meter haben zudem einen Einspar-effekt. Sie schaffen Transparenz bei Verbrauchern über ihr Verbrauchsverhalten, zeigen dadurch erst Möglichkeiten zum Einsparen bzw. schaffen ein Bewusstsein dafür und in Verbindung mit variablen Tarifen kann Steuerung von Verbrauchsverhalten stattfinden. Wir müssen aber auch die Risiken, die mit der Digitalisierung einhergehen, im Blick behalten. Die

Einführung von intelligenten Messsystemen darf nicht zu übermäßigen Kosten führen und die Datensicherheit und der Datenschutz müssen höchsten Ansprüchen genügen. Deshalb hat das Bundesamt für Sicherheit in der Informationstechnik zusammen mit der Bundesnetzagentur technische Standards formuliert, die auch im internationalen Vergleich auf höchstem Datensicherheitsniveau sind. Außerdem ist im Gesetzentwurf angelegt, dass der Verbraucher immer Herr über seine Daten bleibt und die Verwendung über Netzsteuerung oder Abrechnung hinaus, nur mit Einwilligung des Nutzers erfolgen kann. Wir werden in den nächsten Wochen den Gesetzentwurf im parlamentarischen Beratungsprozess intensiv prüfen und gegebenenfalls Anpassungen vornehmen. Florian Post ist hierbei für die SPD-Fraktion verantwortlich.

Es geht voran in der Flüchtlingspolitik

Mit dem Asylpaket II wurden weitere konkrete Maßnahmen beschlossen

Zunächst ist wichtig, dass wir die Zahl der neu ankommenden Flüchtlinge verringern. Nur dann können wir in unserem Land eine menschenwürdige Versorgung sicherstellen, nur so ist gute Integration zu leisten.

Deshalb stellen wir für die humanitäre Versorgung vor allem in Jordanien, dem Libanon, dem Irak und der Türkei in 2016 alleine 1,2 Mrd. Euro zur Verfügung. Weitere 7,4 Mrd. Euro gehen weltweit in die langfristige Entwicklungshilfe, um u.a. Fluchtursachen vorzubeugen.

Bürgerkriegs ein. Außerdem brauchen wir ein Rückübernahmeabkommen mit der Türkei.

Die Erfahrung hat gezeigt, dass Integration besser gelingt, wenn ganze Familien nach Deutschland kommen. Damit sind keine Großfamilien gemeint, sondern der nachziehende Ehepartner und die Kinder.

Kinder sind die besten Integrationshelfer, sie knüpfen schneller Kontakte, für sie spielen kulturelle

Während 2015 137.136 Personen als Flüchtlinge anerkannt wurden, erhielten 1.707 Personen subsidiären Schutz. Das sind 0,6 % aller entschiedenen Anträge. Innerhalb künftiger Kontingente für Flüchtlinge aus der Türkei, dem Libanon oder Jordanien werden vorrangig Ehepartner und Kinder von hier bereits lebenden Flüchtlingen berücksichtigt.

Die größte Herausforderung vor der wir aber jetzt stehen, ist die Integration der Flüchtlinge, die bereits in Deutschland sind und auch länger

hier bleiben werden.

Wir brauchen mehr Sprachausbildung, und das von Anfang an, mehr verpflichtende Integrationskurse, mehr bezahlbare Wohnungen, mehr Ausbildungs- und Arbeitsmöglichkeiten, mehr Kitas und Ganztagschulen, mehr

Förderung von Vereinen, die Integrationsprogramme auflegen, u.v.m..

Dabei werden wir darauf achten, dass die Flüchtlinge weder auf dem Arbeitsmarkt noch auf dem Wohnungsmarkt in Konkurrenz zu den Langzeitarbeitslosen oder den sozial schwächer gestellten Menschen in unserem Land stehen!



Kinderzeichnungen und -malereien in einer Erstaufnahmeeinrichtung in München.

Auf der Syrien-Geberkonferenz in London wurden mehr als 11 Mrd. Euro zugesagt, der deutsche Anteil beträgt 2,3 Mrd. Euro. Damit ist Deutschland der größte und auch zuverlässigste Geldgeber.

Neben dem finanziellen Engagement ist die Diplomatie wichtig. Unser Außenminister Frank Walter Steinmeier setzt sich unermüdlich für eine diplomatische Lösung des syrischen

Unterschiede kaum eine Rolle. Auf keinen Fall wird der Familiennachzug grundsätzlich für alle zu uns kommenden Geflüchteten oder alle unbegleiteten Minderjährigen ausgesetzt. Die Gruppe derer, die als subsidiär Schutzberechtigte anerkannt wird, ist im Gegensatz zu denen, die einen Flüchtlingsstatus nach der Genfer Flüchtlingskonvention bekommen, ohnehin sehr gering.



Florian Post beim Ausschanken im Gemeindesaal.

Jahresfest des OV Schwabing/Alte Heide

Florian Post zapft mit drei Schlägen an – das wunderbar gelungene Jahresfest des SPD-Ortsvereins Schwabing-Alte Heide im Gemeindesaal der Erlöserkirche beginnt. Nach der Begrüßung durch den OV-Vorsitzenden Lars Mentrup erfreute das Kabarettprogramm mit Klaus Weinzierl (aka Nick Wimmer) und

Ecco Meineke etwa 150 Gäste, darunter auch die Vorsitzende der SPD München Claudia Tausend und der Vorsitzende der Jusos Bayern Tobias Afsali, der kulturpolitische Sprecher der SPD-Stadtratsfraktion München Klaus Peter Rupp, der BBK-Vorsitzende Klaus von Gaffron und viele weitere illustren Gäste aus den Bezirksausschüssen, anderen Parteien, aus Kultur, Wirtschaft und den Kirchen. Musikalischer Höhepunkt: Christopher Verworner vom Verworner-Krause-Kammerorchester mit seinem Klavierspiel.



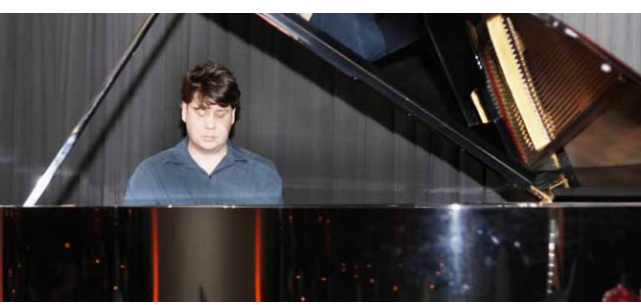
Claudia Tausend und Florian Post freuten sich über interessante Gespräche.



Florian Post und Dr. H. Röschinger.



Das wie immer gut besuchte Fest des SPD-Ortsvereins Schwabing - Alte Heide.



Musikalischer Höhepunkt: Christopher Verworner

Neuer Investitionsschutz im europäisch-kanadischen Handelsabkommen CETA / TTIP-Leseraum in Berlin

Die Europäische Kommission hat den überarbeiteten und finalen CETA-Text präsentiert. Nach intensiven Verhandlungen mit der neuen kanadischen Regierung wurde vor allem der Mechanismus zum Investitionsschutz stark verändert. Der Druck der Sozialdemokraten hat sich gelohnt: Unsere Forderung, private Schiedsgerichte auch in CETA durch einen Investitionsgerichtshof zu ersetzen, wurde aufgegriffen. Die Schiedsrichter in Streitfällen müssen nun eine Qualifikation entsprechend des Internationalen Gerichtshofes aufweisen und werden von den Staaten gestellt. Die Übernahme eines Falles erfolgt nach dem Zufallsprinzip. Unternehmen, die klagen, haben somit keinen Einfluss mehr. Auch wurden klare Kriterien für den Umfang etwaiger Schiedsurteile festgelegt: Die Entscheidungen dürfen Fragen des internationalen Rechts berühren, EU-Recht und Gesetze der Mitgliedstaaten sind nicht Gegenstand möglicher Verhandlungen. Das Recht, im Sinne des Allgemeinwohls zu regulieren, kann durch das

Abkommen in keinem Fall infrage gestellt werden. Gesetzgebungen, Änderungen derselben und die Vergabe oder Kürzung von Beihilfen sind nicht anzufechten und kein Klagegrund.



Claudia Tausend nach dem Besuch im TTIP-Leseraum vor dem Wirtschaftsministerium.

Diese Verbesserungen sind zu begrüßen. Jetzt muss der 1600 Seiten lange Text genau geprüft werden. Eine deutsche Übersetzung wird Mitte des Jahres vorliegen, erst dann kommt CETA auch in den Europäischen Rat und das Europäische Parlament. Zuvor aber wird auf jeden Fall die SPD über CETA abstimmen – der AK TTIP der

SPD München fordert, für diese wichtige Abstimmung einen außerordentlichen Parteitag einzuberufen und nicht nur einen Konvent.

Seit einigen Wochen dürfen Bundestagsabgeordnete in einem Leseraum im Bundeswirtschaftsministerium auch Einsicht in die konsolidierten Texte aus den TTIP-Verhandlungen nehmen. Dies ist zu begrüßen, allerdings müssen die Öffnungszeiten in Sitzungswochen dringend ausgeweitet werden – die bisherigen knapp bemessenen Bestimmungen erschweren eine tiefgehende Behandlung der Texte! Für Claudia Tausend bestätigt sich nach Einsicht in die Unterlagen der Eindruck, der auch von der 12. Verhandlungsrunde Ende Februar blieb: In einigen Bereichen scheinen die Verhandlungen zu stocken. Auch der Investitionsschutz wurde bisher noch nicht behandelt. **Spätestens nach dem Durchbruch bei CETA muss aber klar sein: Private Schiedsgerichte sind politisch tot!**

Basiskonto für alle kommt

Der Bundestag führt einen Rechtsanspruch auf ein Basiskonto mit grundlegenden Zahlungsfunktionen für alle ein. Ohne Konto war es bis jetzt nahezu unmöglich, einen Job

zu bekommen, eine Wohnung zu mieten oder eine Krankenversicherung abzuschließen – kurz: am wirtschaftlichen und sozialen Leben teilzunehmen. Das Basiskonto wird

daher das Leben vieler Menschen entscheidend verbessern. Mehr Infos unter: <http://www.spdfraktion.de/themen/basiskonto-für-alle-kommt>

Strengste Regeln für Rüstungsexporte

Die SPD-Bundestagsfraktion begrüßt den kürzlich getroffenen Beschluss des Bundeskabinetts zur besseren Rüstungsexportkontrolle.

So kann mit nachträglichen Vor-Ort-Kontrollen eine entscheidende Verbesserung bei der Überwachung von Rüstungsexporten gesichert werden:

Die Angaben, die Empfänger zum Verbleib der Waffen machen, können endlich effektiv überprüft werden. Dies ist wichtig, um eine unerlaubte Weitergabe zu unterbinden.

Aus dem Wahlkreis

Auch im Februar und März waren Florian Post und Claudia Tausend in ihren Wahlkreisen unterwegs.



Florian Post beim **Neubürgerempfang** am 9. März in der Münchner Residenz zusammen mit seiner Kollegin Nicole Gohlke (Die Linke).



Auch der Dingolfinger **SPD-Landrat Heinrich Trapp** war mit Neubürgern seines Landkreises anwesend.



Konstruktive Parteiratssitzung Anfang März im Hofbräuhaus.



Verleihung des Wilhelm-Hoegner-Preises an die Münchner Stadtgesellschaft für ihren Einsatz für Geflüchtete mit Gerhard Mayer, Ruth Waldmann, Claudia Tausend, Dieter Reiter und Ludwig Hoegner.



Claudia Tausend mit „**Münchens Roten Rockern**“ von der SPD-Stadtratsfraktion beim Faschingsumzug der Damischen Ritter.



Besuch im Heckscher Klinikum: Claudia Tausend mit Kollegin Martina Stamm-Fibich sowie den Bezirksräten Helga Hügenell, Hiltrud Broschei und Mike Malm.

Florian Post, MdB

Mitglied des Ausschusses für
Wirtschaft und Energie



Belgradstr. 15 a
80796 München

florian.post@bundestag.de
Tel: 089 - 18 94 65 38
Fax: 089 - 18 94 65 39
facebook.com/bundestag2013
www.florian-post.de

Claudia Tausend, MdB

Mitglied im Ausschuss für die Angelegenheiten
der Europäischen Union sowie im Ausschuss für
Umwelt, Naturschutz, Bau und Reaktorsicherheit



Oberanger 38
80331 München

claudia.tausend.wk@bundestag.de
Tel: 089 - 18 93 28 58
Fax: 089 - 44 23 24 80
facebook.com/tausendmalbesser
www.claudia-tausend.de

Kostenlose Bürgerberatung

In den Wahlkreisbüros finden regelmäßige **Bürgersprechstunden** und weitere Beratungsangebote wie **Mieterberatung**, **Schuldnerberatung** und **Künstlersozialberatung** statt. Terminvereinbarung erfolgt telefonisch oder per E-Mail über die Wahlkreisbüros.